

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ulrike Höfken, Marieluise Beck
(Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/10591 –

Überschüssige Mittel aus EU-Agrarhaushalt für Bekämpfung der Hungerkrise nutzen

A. Problem

Die Welternährungsorganisation (FAO) hat vor kurzem bekannt gegeben, dass die Zahl der chronisch unterernährten Menschen allein im Jahr 2007 sprunghaft von 850 auf 923 Millionen gestiegen ist. Die Hunger-Task-Force der Vereinten Nationen geht davon aus, dass sie bereits in diesem oder nächsten Jahr die 1-Milliarde-Grenze übersteigen könnte.

Im Zuge der Debatte um die Möglichkeiten, der sich verschärfenden Nahrungsmittelkrise zu begegnen, hat die Europäische Kommission im Juli 2008 vorgeschlagen, nicht genutzte Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in Höhe von 1 Mrd. Euro aus dem Agrarhaushalt als Krisenfazilität für die Entwicklungsländer umzuwidmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/10591 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Anette Hübinger
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anette Hübinger, Dr. Sascha Raabe, Hellmut Königshaus, Alexander Ulrich und Thilo Hoppe

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/10591** in seiner 183. Sitzung am 16. Oktober zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Ziel ist es, zusätzliche Mittel vor allem für die Förderung einer für Mensch und Umwelt nachhaltigen kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den vom Hunger betroffenen Entwicklungsländern einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 105. Sitzung, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 89. Sitzung, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 72. Sitzung am 12. November 2008 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt aus, es gebe den Vorschlag des Präsidenten der EU-Kommission, die Milliarde aus den Mitteln für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) als Krisenfazilität für die Entwicklungsländer umzuwidmen. Sinn des vorliegenden Antrags sei es, dass der Deutsche Bundestag diesen Vorschlag unterstützt und die Bundesregierung und die Entscheidungsträger in der Europäischen Union auffordert, sich so zu verhalten. Die kontroverse Diskussion innerhalb der Europäischen Union, insbesondere auf Initiative der Agrarpolitiker, entbinde nicht von der Verpflichtung oder Möglichkeit, an dieser Willensbildung teilzunehmen. In der Agrarpolitik der Europäischen Union und in den Präambeln des Bundesministeriums für Ernährung Landwirtschaft und Forsten seien nicht nur die Förderung der eigenen Landwirtschaft verankert, sondern es sei auch formuliert, Beiträge zur

weltweiten Ernährungssicherung zu leisten. Deshalb sei die Umwidmung, wenn auch politisch umstritten, rechtlich möglich. Es sei ein großer breiter Konsens, dass zusätzliche Mittel zur Bekämpfung des Hungers mobilisiert werden sollen. Die andiskutierte Umschichtung innerhalb des Entwicklungsetats würde bedeuten, dass kein zusätzliches Geld zur Verfügung steht, sie würde zulasten anderer wichtiger Bereiche der Entwicklungspolitik gehen, die für die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele ebenfalls entscheidend sind. Die Fraktion werbe dafür, den Antrag zu unterstützen oder zumindest zu einer gemeinsamen Beschlussempfehlung zu kommen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betont, bei der Milliarde gehe es nicht um zusätzliche Mittel, sondern solche, die nicht abgerufen worden waren. Es habe dennoch Anmeldungen z. B. von Milchbauern auf weitere Stützen aus diesem Topf gegeben, so dass man nicht davon ausgehen könne, dass etwas übrig sein würde, was hätte verteilt werden können. Zudem seien auch die Regularien auf der EU-Ebene andere. Sie begrüße aber ausdrücklich, dass man die ländliche Entwicklung und die Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt rücke und die Kommission sich bemühe, im Rahmen der finanziellen Vorausschau Mittel flüssig zu machen und in diesen Bereich in Form einer Krisenfazilität einfließen zu lassen. Von besonderer Bedeutung seien der Strukturausbau, die Kapazitätenbildung und die Forschung. Der Antrag und seine Intension seien gut, nur leider sei die Zeit darüber gegangen. Sie werde ihn nicht mittragen.

Die **Fraktion der SPD** macht deutlich, es wäre sehr gut gewesen, wenn sich die Bundesregierung dem Vorschlag innerhalb der EU im Sommer, als er vorgelegt wurde, angeschlossen hätte und man die Mittel als schnelle Hilfe in der akuten Krise hätte auszahlen können. Die Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik seien dafür da, dass man europäischen Landwirten, die Nachteile durch höhere Produktionskosten haben, einen Ausgleich zahlt. Da es durch den starken Preisanstieg der Nahrungsmittel keine Nachteile von Landwirten gegeben habe, hätten die Mittel nicht ausgezahlt werden müssen. Es sei erstaunlich, dass im Zuge der Bankenkrise Hunderte von Milliarden zur Verfügung gestellt werden könnten, man sich aber bei einer weltweiten Hungersnot in der EU darum streite, ob man eine nicht benötigte Milliarde schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellen könne. Es sei wichtig, dass das Geld auf jeden Fall zusätzlich zur Verfügung gestellt werde und der Agrarhaushalt sei ein guter Vorschlag. Inhaltlich könne man den Antrag unterstützen, aufgrund koalitionärer Absprachen im parlamentarischen Betrieb aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, sie werde dem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE** legt dar, sie begrüße die Intention des Antrages, die Armut zu bekämpfen. Nach Auffassung der französischen Ratspräsidentschaft solle das Geld

aber nicht nur aus dem EU-Agrarhaushalt finanziert werden, sondern es solle eine dauerhafte Finanzierung daraus gemacht werden. Es sei unklar, aus welchen Mitteln dieses Geld gezahlt werden solle. Wegen dieser Unklarheiten wolle sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Berlin, den 12. November 2008

Anette Hübinger
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Hellmut Königshaus
Berichterstatter

Alexander Ulrich
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter